

griffe „Persönlichkeit“, „Personalität“ und „Personsein“. So heißt es S. 106: Alzheimer und Huntington-Krankheit „gehen mit deutlichen Einbußen mentaler Fähigkeit wenn nicht gar dem Verlust des Personenstatus einher“. Auf derselben Seite wird vom „Verlust der Personalität“ (bei Alzheimer) gesprochen. Das Gehirn ist „das für die Personalität des Menschen entscheidende Organ“. Auch das in der Analytischen Philosophie beliebte Gedankenexperiment, um Personidentität festzustellen, wird verwendet: Ist bei der Vertauschung von zwei Köpfen bei zwei Personen dann noch Personidentität vorhanden? (108). Ist der durch Gehirngewebeimplantate veränderte Mensch noch verantwortlich für vorhergehende Taten (113)? Was geschieht, wenn ein Frauenkopf auf einen Männerleib plantiert wird und umgekehrt? Oder kann der gehirnveränderte Mensch noch zur Verantwortung für die vor Jahrzehnten begangenen Straftaten gezogen werden (121)? Auf S. 122 müßte man doch unterscheiden zwischen Persönlichkeitsveränderungen bei Parkinson-Krankheiten (Morbus Alzheimer und Huntington) und Personenverlust. Ist ein behindertes Kind keine Person? Ist ein bewußtloser Mensch keine Person? Ist ein Embryo kein Person? Obwohl der Personbegriff unter vielen Philosophen nicht eindeutig ist, so könnte man sich auf den Minimalkonsens einigen, daß Person das Ich eines Menschen ist, und zwar grundlegend und unabhängig vom aktuellen Bewußtsein. Persönlichkeit hingegen ist das, was die Person durch ihre freien Entscheidungen und ihre Lebensgeschichte geworden ist. Außerdem besteht keine Gehirnidentität im Laufe der Lebensgeschichte eines Menschen: Es werden im Jugendalter neue Synapsen gebildet, im Verlaufe des Lebens eines Menschen sterben Gehirnzellen ab und werden nicht wieder ersetzt. Die personale Identität eines Menschen kann also nicht gebunden werden an die materielle Identität des Gehirns. Mit der Frage der personalen Identität ist praktisch das Leib-Seele-Problem aufgerollt mit den reduktionistischen und nicht-reduktionistischen Sichtweisen. Für die personale Identität werden körperliche und mentale Charakteristika (Gedächtnis, Konnektivität, Kontinuität) angegeben. Man könnte dann fragen, ab wann kann man noch von personaler Identität reden? Wieviel an Gehirngewebetransplantation ist noch verträglich mit personaler Identität des Empfängers? Da die ganze Frage noch nicht hinreichend ausdiskutiert ist und zudem die therapeutische Verbesserung durch Gehirngewebetransplantationen nur geringfügig ist, da zudem (abgesehen von spontanen Aborten) man immer nur das Gewebe von abgetriebenen Föten nehmen kann, sollte man wegen der ethischen Bedenken von dieser (nur zeitweisen) Therapie Abstand nehmen. Das vorliegende Werk ist ein gelungener Dialog zwischen Medizin und Naturwissenschaften einerseits und den philosophisch-ethischen Implikationen andererseits.

R. KOLTERMANN S. J.

NORMATIVE GRUNDFRAGEN DER ÖKONOMIE. Hrsg. *Martin Held*. Frankfurt: Campus Verlag 1997. 263 S.

Seit 1987 veranstaltet die Evangelische Akademie Tutzing regelmäßig Fachtagungen unter dem Übertitel „Normative Grundfragen der ökonomischen Theoriebildung“. Die Vorträge dieser Tagungen werden in der Publikationsreihe „Normative Grundfragen der Ökonomik“ publiziert. Die Tagung 1996, die in dem vorliegenden Band dokumentiert wird, sollte einer Evaluierung des für die Tagungen typischen Herangehens an normative Fragen in den Wirtschaftswissenschaften dienen.

Die Veranstalter legen ihrer Tagungsreihe eine These zugrunde, die *Martin Held* im Vorwort kurz zusammenfaßt: „In der realen Welt mit Transaktionskosten, genuiner Unsicherheit und Neuerungen sind ethische Fragen nicht nur das ‚Beiwerk‘ der Spezialdisziplin Wirtschaftsethik bzw. der normativen Ökonomik. Sie betreffen vielmehr den Kern der ökonomischen Theoriebildung und geben Perspektiven für deren Weiterentwicklung.“ (8) Allerdings zitiert H. im Vorwort noch eine frühere Formulierung des Grundanliegens, die die Akzente etwas anders setzt: „Wenn wir uns mit den ethischen Grundlagen der ökonomischen Theorie befassen, geht es demnach nicht um *zusätzlich* zur ökonomischen Effizienz von außen herangetragen Kriterien, gleichsam um ein ‚moralisches Beiwerk‘, sondern im Kern um die Grundlagen der ökonomischen Theoriebildung.“ (7) Während nämlich die erste Formulierung nahelegt, daß nur die positive Ökonomie in den Kernbereich der Ökonomik gehört, kann die zweite so verstanden

werden, daß dieser auch die normative Ökonomik umfaßt. Das hat Konsequenzen für die Aufgabenstellung: Im ersten Fall geht es darum, zu zeigen, daß zentrale Fragestellungen auch der positiven Ökonomik ohne Einbeziehung moralischer Gesichtspunkte nicht adäquat behandelt werden können. Im zweiten Fall gilt es aufzuweisen, daß normative Fragen in der Ökonomik auf der Basis des Maßstabs der Effizienz allein nicht angemessen beantwortet werden können. In seinem einleitenden Beitrag „Norms matter – Folgerungen für die ökonomische Theoriebildung“ bietet H. einen Überblick über die wichtigsten in der Tagungsreihe behandelten Themen und gibt Hinweise darauf, wie bei Berücksichtigung von genuiner Unsicherheit und unvollständiger Information für eine Fülle von Fragestellungen eine der beiden Fassungen seiner These plausibel gemacht werden kann. Auch der Beitrag „Individuum und Verteilung in einer unsicheren Welt – Zur Rolle der Moral in der Ökonomik“ greift beide Anliegen auf. *Franz Haslinger* verteidigt darin – ökonomisch gut fundiert, aber auch für den Nicht-Ökonomen verständlich dargestellt – die These, daß es zwar in der statischen Welt der Marktmodelle der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts u.U. möglich ist, Moral allein auf der Ebene der Gerechtigkeit der Regeln (insbesondere der Ausgangsverteilung und der Zuteilung von Rechten) anzusiedeln, daß aber, sobald Unsicherheit und Informationsasymmetrien berücksichtigt werden, individuelles moralisches Verhalten für die positive wie normative Analyse relevant werden. H. kann dies zeigen, obwohl er (anders als Held in seinem einleitenden Beitrag) Unsicherheit und Informationsasymmetrien in der unter Ökonomen heute üblichen Weise interpretiert.

Zwei Beiträge gehen vornehmlich die erstere der beiden genannten Aufgabenstellungen an. In seinem bemerkenswerten Beitrag „Moral, Normen und ökonomische Rationalität“ geht es *Richard Sturm* vor allem um die positive, sozialtheoretische Erklärung von moralischen und nicht-moralischen Normen. Nachdem er die Grenzen des *homo oeconomicus* Modells – in seinen verschiedenen Interpretationsversionen – für die Analyse des sozialen Phänomens der Normen aufgezeigt hat, setzt er sich kritisch abwägend mit Gauthiers Rekonstruktion von Moralität und der Erklärung von sozialen Normen in der evolutionären Spieltheorie auseinander. Gauthiers Ansatz setzt u. a. eine begrifflich unsaubere Neubestimmung des Konzepts instrumenteller Rationalität voraus, die z. B. in der Vergangenheit gefasste Absichten als Handlungsgründe integriert. Die evolutionäre Spieltheorie kann das Entstehen reiner Koordinationsnormen z. T. gut erklären, aber auch dynamische Strategien der individuell-dezentralen Durchsetzung von Normen, wie z. B. tit-for-tat, können das Entstehen und die Durchsetzung von Kooperation für eine Reihe sozialer Dilemmasituationen nicht plausibel machen. S. plädiert deshalb für eine Anreicherung des Akteursmodells im Sinne der normativen Psychologie Alan Gibbards, die, indem sie Smiths Idee moralischer Gefühle mit der Anerkennung der Bedeutung des kommunikativen Prozesses normativer Diskussion verbindet, einen geeigneten theoretischen Rahmen bietet, einerseits die Entstehung wie die Durchsetzung von Normen zu analysieren und andererseits die Bedeutung des moralischen Diskurses in modernen Gesellschaften zu verstehen. *Josef Wieland* zeigt in seinem lesenswerten und vielschichtigen Aufsatz „Die langen Wellen institutionellen Wandels – Ökonomische Theorie und Theorie der Gesellschaft“ auf überzeugende Weise, wie, sobald zwischen der Makroebene der Systeme und der Mikroebene der Individuen die Mesoebene intermediärer Organisationen (hier vor allem: der Unternehmungen) in den Blick kommt, Moral ökonomieintern relevant wird. Während Märkte als reine Koordinationsmechanismen verstanden werden können, ermöglichen erfolgreiche Unternehmen personale Kooperation und sind deshalb zusätzlich zu den anonymen Koordinationsleistungen von Preisen und formalen Regeln nach innen und nach außen auch auf „moralische Güter“ und moralische Sprache angewiesen. W. verbindet die Frage nach dem Ort von Moral in der Ökonomie mit der nach der Möglichkeit von Ökonomie als Gesellschaftstheorie. Seines Erachtens könnte eine auf erreichbare Kooperationsmöglichkeiten fokussierte „Neue Institutionen- und Organisationsökonomik“ das gesellschaftstheoretische Erbe der klassischen Ökonomie antreten, ohne den Anspruch erheben zu müssen, alle Systeme moderner, funktional differenzierter Gesellschaften in sich repräsentieren zu können.

Ulrike Knoblauch geht es in ihrem Beitrag „Effizienz als oberster Wert? Eine Auseinandersetzung mit den Antworten institutioneller Ökonomik“ explizit um die zweite der

oben genannten Fragestellungen. Ausgehend von einer kurzen begrifflichen Klärung setzt sie sich zunächst kritisch mit der Verhältnisbestimmung von Effizienz und Moral in der modernen Wohlfahrtsökonomie, im Utilitarismus und bei Rawls auseinander, deren Gemeinsamkeit sie – m. E. zu Unrecht – darin sieht, daß in ihnen letztlich Klugheitsüberlegungen dominieren. Im Anschluß stellt K. für drei Ansätze institutioneller Ökonomik dar, wie und auf welcher philosophischen Basis in ihnen Effizienz und Moral integriert sind. *Gerhard Scherhorns* origineller Beitrag „Die ökonomische Verengung von Arbeit und Konsum – Ist die heimliche Annahme fremdbestimmten Verhaltens überwindbar?“ ist ein Plädoyer für den Übergang von der Leitvorstellung einer Erwerbswirtschaft zu der einer Bedarfswirtschaft. Während es in der letzteren um die ganzheitliche Bedarfsdeckung an materiellen und immateriellen, privaten und Gemeinschaftsgütern geht, wird in der ersten der Blickwinkel auf die immer wachsende Bereitstellung privater materieller Güter verengt. Arbeit wird dabei auf einen Produktionsfaktor reduziert, der gegenüber dem Geldkapital in einer Erwerbswirtschaft notwendig den Kürzeren ziehen muß. Die Einladung zum Übergang zu einer Bedarfswirtschaft wird solange völlig irrealistisch erscheinen, als die Unersättlichkeit der materiellen Güterwünsche als Axiom beibehalten wird. S. zeigt, daß diese Unersättlichkeit selbst Produkt der Erwerbswirtschaft ist, in der die Kosten der materiellen Güterproduktion verschleiert werden und Menschen den Mangel an immateriellen und Gemeinschaftsgütern durch die Ersatzbefriedigung mit materiellen Gütern (vergeblich) zu kompensieren suchen. *Ulrich Hampicke* beginnt seinen Beitrag „Aufgeklärtes Eigeninteresse und Natur – Normative Begründung des Konzepts Nachhaltigkeit“ mit Hinweisen zur Geschichte des Begriffs „Nachhaltigkeit“ und zu seiner inhaltlichen Füllung und zeigt dann, wie die Forderung der Nachhaltigkeit im Utilitarismus und in einer kantischen Perspektive begründet werden kann. Der Utilitarismus ist aber seines Erachtens – anders als eine kantische Argumentation – nicht geeignet, Nachhaltigkeit als Pflicht und Sanktionsmechanismen zu ihrer Durchsetzung zu begründen. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf weiteren Forschungsbedarf.

Einige der Beiträge des Bandes hätten eine sorgfältigere Überarbeitung verdient. In der jetzt veröffentlichten Fassung wird der Beitrag von *Ernst Helmstädter* „Über die Gerechtigkeit gerechter Regeln“, in dem etwa behauptet wird, das Maximin-Prinzip von Rawls verlange in einem einfachen Zwei-Personen Modell eine ungleiche Verteilung von Einkommen, in der eine Person weniger Einkommen erhält als bei Gleichverteilung (53), kaum zu „mehr Klarheit in der Diskussion um wirtschaftliche Gerechtigkeit“ (54) beitragen. (Das Maximin-Prinzip würde im betrachteten Fall die Gleichverteilung verlangen.) Grundsätzlich ist die vorgeschlagene Taxonomie für Regeln und ihre Gerechtigkeit sicher verdienstvoll, was die Begriffserklärung angeht, von ihr aber auf substantielle Aussagen über in bestimmten Fällen anzuwendende Regeln der Gerechtigkeit schließen zu wollen, würde voraussetzen, daß die Fragen der Regelkonkurrenz und der Interdependenz der ja auf verschiedenen Ebenen ansetzenden Regeln systematisch geklärt wären. *Peter Weise* versucht in seinem ebenfalls weitgehend taxonomisch arbeitenden Beitrag „Konkurrenz und Kooperation“ auf der Basis einer „exakten“ (vgl. 59) Definition dieser beiden Begriffe eine Darstellung ihrer Beziehungen und eine Bewertung der mit ihnen gemeinten Sachverhalte. Für die Klassifizierung greift W. zwar auf die Auszahlungsmatrizen einfacher Zweipersonenspiele zurück, weicht aber in ihrer Deutung von der Standardvorgehensweise der Spieltheorie ab, wenn er etwa Lösungen vorschlägt, die in den dargestellten Spielen nicht zur Verfügung stehen. Unklar ist auch, weshalb er – obwohl er – in den Fall eines Null-Summen-Spiels gemischte Strategien eingeführt hat – rein egoistische Spieler seiner Version des „Kampfs der Geschlechter“ nur eine Auszahlung 0,0 erreichen läßt (65), wo doch eine gemischte Strategie zur Verfügung steht, die eine erwartete Auszahlung von 4/5, 4/5 sichert. Unpräzise in der Argumentation und sachlich falsch in Einzelaussagen ist der Beitrag von *Andreas Suchanek*, „Erfolgreiche Therapie ohne gute Diagnose? Zum Zusammenhang von normativer und positiver Analyse in der Ökonomik“, den man sich nur dann zu Gemüte führen sollte, wenn man schon genügend Hintergrundwissen unter anderem im Bereich der Social-Choice-Theorie und der Spieltheorie besitzt, um beurteilen zu können, ob Ausführungen etwa zum Gefangenendilemma oder zu Sens liberalem Paradox auch nur halbwegs

problemadäquat sind. Ratlos steht der Rezensent vor *Hans Peter Widmayers* und *Christian Wicherts* Beitrag „Sozialpolitik als rationale Herrschaft – Staatshilfe als Selbsthilfe? Vom neoklassischen zum dialogischen Prinzip in der Sozialpolitik“, der in einem ihm unverständlichen Jargon verfaßt ist, in dem z. B. „phylogenetische“ Entwicklungen zwischen verschiedenen Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung stattfinden (vgl. 104, 109).
A. GÖSELE S. J.

BÜCHELE, HERWIG, *Eine Welt oder keine*. Sozialethische Grundfragen angesichts einer ausbleibenden Weltordnungspolitik. Innsbruck und Wien: Tyrolia; Mainz: Grünewald 1996. 152 S.

Der Innsbrucker Sozialethiker und langjährige Leiter der Katholischen Sozialakademie Österreichs teilt mit dieser Schrift einem größeren Publikum seine Vorlesungen mit, welche er auf den Salzburger Hochschulwochen gehalten hat. Bereits durch das Erich-Fried-Zitat im Vorspann gibt Büchele (B.) zu erkennen, daß es der aktiven und verantwortlichen Veränderung der augenblicklichen Weltsituation bedarf: „Wer will, daß die Welt bleibt, wie sie ist, der will nicht, daß sie bleibt.“ B.s Schrift steht dabei in einem, allerdings nicht näher bezeichneten Zusammenhang mit einem Projekt, welches die Katholische Sozialakademie Österreichs mit dem Forschungsprogramm „Religion – Gewalt – Kommunikation – Weltordnung“ durchführt. Letztgenanntes Programm bezieht sich auf die Gewalt- und Sündenbocktheorie René Girards, welche durch Raymund Schwager, einem Kollegen B.s, Weiterführung und Vertiefung erfuhrt.

B. baut seine Schrift auf dem Ablauf von Sehen-Urteilen-Handeln auf, so daß das erste Kapitel eine Beschreibung der „Welt“ liefert, welche als komplex und konfliktreich vor Augen gestellt wird. Das zweite Kapitel handelt von der Verantwortung der Christen für die *eine* Welt. Wohingegen das dritte und zugleich letzte Kapitel diese Welt in ihrer Einheit und Mannigfaltigkeit und den Institutionen einer universalen Republik für diese Welt vorstellt. – Sie sei *eine* in ihrer Geschichte geworden (11), so daß alle Menschen irgendwie an allem beteiligt sind, ob es sich um Katastrophen, Viren oder die Arbeitslosigkeit handelt. Auf diese gewisse Vereinheitlichung antworte jedoch zuerst eine neue Zersplitterung. Der Prozeß in der einen Richtung werde gleichsam durch einen gegenläufigen Prozeß gegengewichtet. Diese Einheit habe sich zudem nicht zu einem Handlungssubjekt entwickelt, so daß globaler Verantwortung bis heute keine globale Struktur der Verantwortung entspreche (12). An das Teilnehmen schließe sich aber längst nicht, wo es möglich wäre, ein Umverteilen im Sinne solidarischen Tuns, sondern eher eine Teil-Nahme an, indem die Menschen und die Institutionen sich ihren Teil auf Kosten anderer nehmen und sichern. So gebe es beispielsweise als den höchst einflußreichen Wirkfaktor das System Wissenschaft-Technik-Ökonomie, beherrscht durch die Banken, welches sich „staats- und multizentriert zu einer Gegensatz-Einheit“ verbinde, dem partikularen Nutzenkalkül folge und weder Korrektur noch Führung von außerhalb erfahre (19).

Im folgenden handelt B. von den vier Welten: der biologisch-ökologischen, dem ökonomischen und dem politisch-militärischen Globalzusammenhang und der Welt der Weltbilder und Emotionen, wie B. diese vierte „Welt“ nennt. Er analysiert das Treiben dieser Welten und stellt heraus, wie sie alle vier je ihrem Nutzen nachjagen und -eifern. Die Schäden dieses vierfachen Egoismus sind hoch. Müssen Mensch und System also nicht umkehren und sich bessern? Vorsicht sagt B., denn ein einzelner könne gar nicht dem Systemzusammenhang der partikularen Nutzensuche entkommen. Hätte doch der Verzicht oder die Tugendhaftigkeit *eines* Menschen oder *eines* Staates oder die Änderung *eines* Wirtschaftssystems immer nur die Wirkung, sich selbst zugrunde zu richten, somit als Konkurrent auszuschneiden und damit die Partikularinteressen der anderen gerade zu fördern und in keiner Weise dem Gemeinwohl zu nützen (22). Wer einen Ausweg und eine Hilfe suche, werde sie nur in der Notwendigkeit globaler Steuerung durch ein „Wir-alle“ finden. Auch lasse die politische Vernetzung die national-demokratisch-republikanische Verantwortung immer mehr ins Leere oder jedenfalls ins Nichtssagend-Unerhebliche laufen, denn eine zunehmende Zahl an Entscheidungen werde nicht mehr durch die Mehrheit der Bürger einer Demokratie getroffen; dementsprechend werden